FileNr:99|id:HBD4B0AE25-0BA6-4916-B510-ED50F355BE24|date:2013-06-21|source:HB|title:Die falschen Schuldigen

#######DONT CHANGE THE ABOVE############

Nicht die Reform des Stabilitaetspakts, sondern der Privatsektor hat die Krise verursacht, sagt Hans Eichel. Friedrich L. Sell hat an dieser Stelle behauptet, die Reform des Stabilitaets- und Wachstumspakts, wie sie die europaeischen Staats- und Regierungschefs 2005 auf Initiative Deutschlands und Frankreichs einstimmig beschlossen hatten, habe die heutige Schuldenkrise in der Euro-Zone mit verursacht. Das aber trifft nicht zu. Warum?

Die Tatsachen sind vielmehr: In ganz Europa gingen von 2005 bis zum Ausbruch der Bankenkrise die Defizite zurueck. Von 2,5 Prozent auf 0,9 Prozent in der EU, in der Waehrungsunion von 2,5 Prozent auf 0,7 Prozent. Die Staatsverschuldung sank in der EU von 62,9 Prozent auf 59 Prozent, in der Waehrungsunion von 70,2 Prozent auf 66,3 Prozent des BIP. Nur ein Land faellt drastisch aus dem Rahmen: Griechenland. Die damals neu gewaehlte konservative Regierung ging mit den Ausgaben in die Vollen. Die Staatsverschuldung stieg von 100 Prozent auf 107,4 Prozent, das laufende Defizit von 5,2 Prozent auf 6,5 Prozent.

Mit Ausbruch der Bankenkrise kehrte sich die Entwicklung um. Die Rettungsmassnahmen der Staaten fuer die Banken und die Massnahmen gegen den scharfen Konjunktureinbruch trieben die oeffentlichen Haushalte tief in die Defizite und die Staatsverschuldung auf Rekordhoehen. Am haertesten traf die Bankenkrise Irland und Spanien, wo man denn auch besonders klar die Umbuchung der Bankenschulden in die Staatshaushalte beobachten kann. Spanien und Irland waren aber bis zum Ausbruch der Bankenkrise Musterschueler in der Waehrungsunion mit Haushaltsueberschuessen und einer beispielhaft niedrigen Staatsverschuldung.

Im Lichte der Tatsachen zeigt sich also: Die Behauptung, die Reform des Stabilitaets- und Wachstumspakts sei mitschuldig an der Schuldenkrise in Europa, laesst sich nicht belegen. Die Schuldenkrise kommt aus dem privaten Sektor. Den aber betrachtet der Stabilitaets- und Wachstumspakt ueberhaupt nicht - ein schwerwiegender Konstruktionsfehler der Waehrungsunion. Der Sonderfall Griechenland haette mit den Instrumenten des reformierten Pakts verhindert werden koennen und muessen. Die Ursachen der Krise, die im Bankensektor liegen, muessen angegangen werden. Nur dann kann die Staatsschuldenkrise nachhaltig geloest werden. Das heisst, dass wir eine Finanzmarktregulierung brauchen, die Risiken nachhaltig eindaemmt. Das muss das Ziel der geplanten Bankenunion sein. Zur Reform des Stabilitaets- und Wachstumspakts: Die Sanktionsmechanismen, die Drei-Prozent-Defizitgrenze und die 60-Prozent-Obergrenze bei der Staatsschuldenquote wurden ausdruecklich bestaetigt. In "wirtschaftlich schlechten Zeiten" kann ein Land aber mehr Zeit erhalten, um seinen Haushalt wieder in Ordnung zu bringen. Die wirtschaftliche Entwicklung und ihre Auswirkungen auf die Staatshaushalte seit Ausbruch der Bankenkrise zeigen, wie oekonomisch vernuenftig diese Reform war. Bei dieser Reform wurde aber vor allem der Gedanke in den Vordergrund gerueckt, dass in "wirtschaftlich guten Zeiten" die Konsolidierungsanstrengungen viel staerker sein muessen. Dafuer werden jetzt in Europa zu Recht die Instrumente geschaerft. Denn: Wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, helfen keine Sanktionen. Der Autor war Bundesfinanzminister und hessischer Ministerpraesident. Sie erreichen ihn unter: gastautor@handelsblatt.com...